



HESSISCHER LANDTAG

11. 11. 2025

Plenum

Dringlicher Antrag

Fraktion der AfD

Antisemitismus an Hessens Hochschulen entschieden entgentreten – Linksextremen und postkolonialen Umtrieben endlich Einhalt gebieten!

Der Landtag wolle beschließen :

1. Der Landtag verurteilt sämtliche antisemitische Vorfälle und Aktionen, wie sie seit dem 7. Oktober 2023 auch verstärkt an hessischen Hochschulen stattfinden, auf das Schärfste. Hochschulen müssen für alle Menschen unabhängig von ihrer Herkunft, Religion und sexueller sowie politischer Orientierung Orte sein, an denen sie ihrem Studium und dem Streben nach Wissen im Geiste der Aufklärung ungestört und unbehelligt von jeglichen Formen der Gewalt nachgehen können. In diesem Zusammenhang stimmt der Landtag den Worten des hessischen Ministerpräsidenten zu, wonach Extremisten auf dem Campus nichts verloren haben.
2. Der Landtag betont, dass, obwohl Antisemitismus weltweit von verschiedenen Akteuren in die Gesellschaft getragen wird, der moderne Antisemitismus an deutschen wie auch an hessischen Hochschulen nahezu ausschließlich aus dem sogenannten propalästinensischen Lager hervorgeht. Dieser moderne Antisemitismus wird von Islamisten wie auch Anhängern der postkolonialen Theorie gleichermaßen verbreitet und ist mittlerweile fest innerhalb bestimmter Hochschulbewegungen etabliert. Untermauert wird diese Feststellung durch die Tatsache, dass alle medial beleuchteten antisemitischen Aktionen innerhalb der letzten zwei Jahre an hessischen Hochschulen einen eindeutig erkennbaren propalästinensischen Hintergrund aufwiesen.
3. Der Landtag stellt mit Sorge fest, dass entgegen der bisherigen Verlautbarungen der Landesregierung, wonach kein Antisemitismus an hessischen Hochschulen geduldet werde, weiterhin und in regelmäßigen Abständen antisemitische Aktionen an hessischen Hochschulen stattfinden und diese seit einiger Zeit in ihrer Häufung und Intensität sogar noch zuzunehmen scheinen, wie es die jüngsten Vorfälle an der Goethe-Universität Frankfurt nun zeigen. So wurde Ende September ein Vorfall publik, bei dem Angehörige einer israelischen Delegation der Universität Tel Aviv von Mitgliedern der linksradikalen Gruppe students4palestine ffm bedrängt und aufs Übelste antisemitisch beleidigt wurden. Nur wenige Wochen später soll die besagte Hochschulgruppe dann auch den Präsidenten der Goethe-Universität bedroht haben.
4. Der Landtag stellt ferner fest, dass es im Nachgang zu dem erstgenannten Vorfall an der Goethe-Universität Frankfurt zu schwerwiegenden Kommunikationsproblemen zwischen dem Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur und der Universität gekommen ist. Nach eigenen Angaben erfuhr das Ministerium erst eine Woche später aus der Boulevardpresse von den antisemitischen Übergriffen auf die Teilnehmer der israelischen Delegation, was auf schwerwiegende Mängel im Informationsaustausch zwischen Universität und Landesregierung schließen lässt.
5. Der Landtag ist der festen Überzeugung, dass es einer engeren Zusammenarbeit zwischen dem Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur und den hessischen Hochschulen bedarf, um antisemitische Übergriffe in Zukunft zu unterbinden.

6. Der Landtag ist der Ansicht, dass in diesem Zusammenhang bloße Solidaritätsbekundungen mit den Hochschulen und allen Betroffenen allein kein geeignetes Mittel sind, um Antisemitismus an unseren Wissenschaftseinrichtungen nachhaltig zu bekämpfen. Vielmehr müssen Personen, die antisemitisch motivierte Straftaten an hessischen Hochschulen begehen oder befördern, mit der vollen Härte des Gesetzes konfrontiert werden. Da es bei vielen der Täter Hinweise darauf gibt, dass es sich bei ihnen um Studenten der jeweiligen Hochschule handelt (z. B. [students4palestine ffm](#), [studentsforpalestine.fulda](#) usw.) muss zudem die Exmatrikulation nach dem Hessischen Hochschulgesetz (HessHG) das Mittel der Wahl seitens der Hochschulen sein, sofern die Identität einer Person mit Studentenstatus und die Teilnahme an einer antisemitischen Aktion zweifelsfrei festgestellt werden kann.
7. Der Landtag fordert die Landesregierung in Gestalt des Hessischen Ministeriums für Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur auf, ihrer Funktion als oberster Aufsichtsbehörde der hessischen Hochschulen gewissenhafter als bisher nachzukommen. Neben dem Ausbau der bestehenden Präventions- und Aufklärungsprogramme zur Bekämpfung des aus propalästinensischen Kreisen hervorgehenden Antisemitismus gilt es zuallererst, unsere Hochschulen bei der konsequenten juristischen Verfolgung antisemitisch motivierter Straftaten tatkräftig zu unterstützen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 11. November 2025

Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Dr. Frank Grobe